



Pressemitteilung 15. Juni 2012

Bayerische K-Frage: Konsens oder Konflikt? Die CSU im Zwiespalt bei der Behandlung einer liberalen „Stille Tage – Regelung“

„Eine schwierige Kiste“ nennt es der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Thomas Goppel, ebenfalls CSU – Schwergewicht, und mit ihm ein ansehnlicher Teil der Parteibasis sehen keinen Anlass für Veränderungen bestehender Regelungen bei den sogenannten „Stillen Tagen“. Die Kirchen selbst „können mit Neuerungen leben“. Was zunächst als relativ normaler Innovationsprozess begann, entpuppt sich nun zur Glaubensfrage.

Die bayerische Gastronomie wartet auf ein Zeichen. Nach spürbaren Einschnitten als Folge des Rauchverbots, nach weiteren Verlusten durch den demografischen Wandel und auch durch den anhaltenden Strukturwandel, sowie in direkter Konfrontation mit einer geplanten GEMA-Tarifreform samt verheerender Auswirkungen steht den Wirten der Sinn nach kleinen Verbesserungen. Dazu gehört die Neuregelung der „Stillen Tage“. Eigentlich keine große Sache, wenn man bedenkt, dass es um zwei oder drei Stunden vor Feiertagen geht, an denen bislang die Musik bereits um Mitternacht ausgeschaltet werden muss und zukünftig erst um zwei oder drei Uhr früh. So jedenfalls präsentierte es Innenminister Joachim Herrmann in Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner FDP unlängst. Sogar untermauert durch einen Koalitionsausschussbeschluss. Die Kirchen waren zunächst etwas skeptisch, signalisierten dann aber ihr Einverständnis, sofern der Karfreitag unberührt bleibt. Konsens erzielt. Wenn da nicht innerhalb der CSU einige Kräfte wären, die sich vehement dagegen sträuben. Konflikt angesagt.

Bei allem Verständnis für christliche Werte und Überzeugungen, die auch niemandem abzusprechen sind, scheint aber eine Ablehnung der Neuregelung leicht antiquiert. Alle anderen deutschen Bundesländer, sowie die Nachbarländer Österreich und Tschechien haben eine liberale Lösung für die Zeit vor kirchlichen Feiertagen innerhalb der Gastronomie schon vor Längerem umgesetzt. Nun kann

man davon ausgehen, dass es sich hier nicht um Einflussnahme von Atheisten gehandelt hat, denn Regierungen wie Kirchen bei unseren Nachbarn vertreten sicher die gleichen Werte, wie die Bayern. Man gibt sich aber etwas moderner und flexibler. Das ist einer Alltagsrealität geschuldet, der sich weder die Politik, noch die Kirchen verschließen dürfen – wenn man denn weiterhin Zuspruch der Bevölkerung erwartet.

Für Bayern kommt diese Zerreißprobe denkbar ungelegen. Der Wahlkampf hat längst begonnen, die großen Herausforderungen wie Haushalt, Energiewende, Länderfinanzausgleich und vor allem die allgegenwärtige Euro-Krise werfen große Schatten voraus. Da scheint ein vergleichbares „kleines Thema“ wie die Novellierung der „Stille Tage Regelung“ eher ein unnötiges Störfeuer zu bilden. Für die betroffenen Gastronomen ist es das aber keinesfalls. Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel viele Diskotheken ohnehin nur noch am Freitag und Samstag geöffnet haben, die jungen Leute selten vor zehn Uhr abends ausgehen und aufgrund der jetzigen Stille Tage Regelung allein im November dadurch drei Wochenenden ausfallen, versteht man, dass es um viel Geld geht. Bei einer Verlängerung auf zwei oder drei Uhr würden die Abende vor den freien Tagen sicher an Attraktivität gewinnen. **Ein Nebeneffekt: die Gastronomie bietet Unterhaltung im „kontrollierten Raum“, das heißt auch Beachtung des Jugendschutzes. Dieser Aspekt geht mehr und mehr verloren, da sich die jungen Menschen bei mangelndem öffentlichen Angebot in eigene Refugien zurückziehen und private Feste organisieren. Da steht der Schutz außen vor und wirklich „still“ wird es dann an Feiertagen erst recht nicht.**

Mit einer liberalen Regelung geht sicher nicht zwingend ein Verlust der christlichen Werte einher. Es wäre ein gutmeinender Kompromiss für alle. Nun bleibt zu hoffen, dass sich die Fronten innerhalb der CSU doch noch aufweichen und die Politik dem Bürger und Wähler in seiner Individualität, seiner rechtmäßigen Religionsfreiheit und seiner Mündigkeit Wertschätzung zukommen lassen. Schließlich will man doch im nächsten Jahr wieder überzeugen und große Dinge vorantreiben. Da sollte es an ein wenig Entgegenkommen nicht mangeln. Manchmal ist ein kleiner Sprung über den eigenen Schatten der Antrieb für viel größere Sprünge. Bayerische Politik war stets von Liberalität geprägt, die durch Franz-Josef Strauß zu voller Blüte reifte. Die CSU sollte diese Eigenschaft nicht allein dem Koalitionspartner FDP überlassen. Der VEBWK e.V. Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur würde sich auf jeden Fall sehr freuen, wenn Politik und Wirklichkeit eng bei einander lägen. „Ein Verzicht auf christlichen Glauben und Werte ist bei der Konsensfindung sicher nicht vorgesehen“, formuliert es der VEBWK - Chef Franz Bergmüller und vertraut nun auf einkehrende Besinnung aller Beteiligten.

Pressekontakt:
VEBWK e.V. Pressesprecher
Bodo Meinsen
Tel. 089 – 90 52 90 72
Email: presse@vebwk.com